

Antrag GPK vom 17.12.2018

**Motion von Mario Senn, Heidi Jucker und Harry Baldegger,
Finanzverfassung der Stadt Adliswil; Teilrevision Gemeinde-
ordnung (GO); neue Fristerstreckung**

(vom)

Der Grosse Gemeinderat,

nach Einsichtnahme in die Anträge des Stadtrats vom 20.11.2018 sowie der
Geschäftsprüfungskommission vom 17.12.2018

beschliesst:

- I. Die Frist für die Ausarbeitung der mit der Motion betreffend Finanzverfassung von Mario Senn (FDP), Heidi Jucker (SVP) und Harry Baldegger (FW) verlangten Änderung der Gemeindeordnung vom 2. März 1997 wird bis zum 31. Dezember 2019 erstreckt.
- II. Der Grosse Gemeinderat stellt fest, dass der Stadtrat durch Verletzung der Bestimmungen der Geschäftsordnung des Grossen Gemeinderates (Art. 75) die Rechte des Parlaments missachtet hat.
- III. Veröffentlichung von Dispositivziffer I im amtlichen Publikationsorgan.
- IV. Mitteilung von Dispositivziffer I und II an den Stadtrat.

Adliswil, 17. Dezember 2018

Im Namen der Kommission

Der Präsident:



Wolfgang Liedtke

Der Vize-Präsident:



Renato Jacomet

* Die Kommission besteht aus folgenden Mitgliedern: Wolfgang Liedtke (Präsident); Renato Jacomet (Vize-Präsident); Marianne Oswald; Andrea Blümli; Pascal Engel;

Weisung

Ausgangslage

Am 16. März 2016 wurde von Mario Senn (FDP), Heidi Jucker (SVP) und Harry Baldegger (FW) eine Motion betreffend „Finanzverfassung der Stadt Adliswil“ eingereicht.

Der Stadtrat wurde beauftragt, dem Grossen Gemeinderat eine Vorlage vorzulegen, mit welcher die folgenden Grundsätze und Regeln für die zukünftige Finanz- und Investitionspolitik in der Gemeindeordnung verankert werden sollen:

1. **Verankerung einer Schuldenbremse**
Die langfristigen Schulden der Stadt sollen auf einem möglichst tiefen Niveau begrenzt werden. Einerseits soll die laufende Rechnung mittelfristig ausgeglichen oder durch genügend Eigenkapital gedeckt sein. Andererseits sollen die langfristigen Schulden aktuell sowie im Budgetjahr maximal das Doppelte der ordentlichen Steuern im Rechnungsjahr betragen dürfen.
2. **Verankerung der Ausgabenbremse**
Die zurzeit nur in Art. 61 Abs. 5 (GeschO GGR) aufgeführte Ausgabenbremse soll auch in der Gemeindeordnung der Stadt Adliswil verankert sein.
3. **Berichterstattung über Nachtragskredite**
Eine jährliche Berichterstattung über vom Stadtrat (sowie von der Schulpflege und der Sozialkommission) beschlossene Nachtragskredite im Geschäftsbericht.
4. **Gebundene Ausgaben**
In Kreditbeschlüssen des Stadtrats bzw. von Kommissionen mit selbständigen Verwaltungsbefugnissen soll umfassend dargelegt werden, weshalb bei einer gewissen Ausgabe sachlich, zeitlich und örtlich kein erheblicher Entscheidungsspielraum bestehe. Weiter sollen in den Beschlüssen gebundene und nicht gebundene Ausgabeanteile separat ausgewiesen werden, sofern sie die jeweiligen Kreditlimiten übersteigen.

Die Motionäre begründeten ihren Vorstoss dahin gehend, dass in Adliswil klare finanzpolitische Zielvorgaben fehlen, die die Verschuldung auf einem nachhaltigen Niveau halten. Mit der Einführung einer Schulden- und Ausgabenbremse solle sichergestellt werden, dass die Stadt Adliswil eine verantwortungsvolle Finanzpolitik betreibe.

Mit SRB 2017-129 vom 30. Mai 2017 hat der Stadtrat ausführlich Stellung zu den geforderten Grundsätzen und Regelungen bezogen und dem Grossen Gemeinderat die dazu notwendigen Anpassungen in der Gemeindeordnung unterbreitet. Der Stadtrat beantragte, diese Ergänzungen bei der Totalrevision der Gemeindeordnung, die aufgrund des neuen Gemeindegesetzes bis spätestens Ende 2021 erforderlich wird, zu berücksichtigen.

Der Grosse Gemeinderat beschloss in seiner Sitzung vom 4. Oktober 2017, dass die Frist für die Ausarbeitung der mit der Motion betreffend Finanzverfassung von Mario Senn (FDP), Heidi Jucker (SVP) und Harry Baldegger (FW) verlangten Änderung der Gemeindeordnung vom 2. März 1997 bis zum 31. Dezember 2018 erstreckt wird.

Erwägungen

Die Ausarbeitung der Vorlage für die Totalrevision der Gemeindeordnung der Stadt Adliswil benötigt mehr Zeit, weshalb dem Grossen Gemeinderat diese nicht bis Ende 2018 vorgelegt werden kann. Demzufolge hat der Stadtrat eine erneute Fristverlängerung beantragt. Laut Geschäftsordnung des Grossen Gemeinderates (Art. 75) ist eine zweite Verlängerung nicht vorgesehen. Ausserdem hält der zitierte Artikel fest, dass die Frist für die Eingabe eines Antrages auf Fristverlängerung zwei Monate beträgt. Im Interesse der Motionäre gewährt der Grosse Gemeinderat trotz der anderslautenden Bestimmungen der Geschäftsordnung eine weitere Fristverlängerung um 12 Monate.